



Niederschrift 46. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur

Sitzungstermin:	Donnerstag, 21.02.2013
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	22:00 Uhr
Ort, Raum:	Raum 107, Hegelallee , Haus 9

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Dr. Karin Schröter DIE LINKE

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	bis 20:40
Herr Till Meyer	SPD	bis 20:05
Frau Maïke Dencker	CDU	Vertretung für: Herrn Dünn, Hans-Wilhelm CDU/ANW
Frau Dr. Brigitte Lotz	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Peter Schultheiß	CDU	

sachkundige Einwohner

Herr Dr. Helmut Przybilski	SPD	
Frau Elisabeth Schöneich	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Dr. Annett Ullrich	FDP	
Frau Kerstin Walter	DIE LINKE	

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Morgenroth	SPD	nicht anwesend
Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Benjamin Bauer	Die Andere	nicht anwesend
Frau Bettina Klusemann	SPD	entschuldigt
Herr Ralf Matura	CDU	nicht anwesend
Frau Carla Villwöck	DIE LINKE	nicht anwesend

Schriftführer/in:

Frau Bettina Schmidt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.12.2012 und vom 17.01.2013/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Straßenbenennung in 14467 Potsdam
Hier: "An der Plantage"
- 4 Straßenbenennung in 14469 Potsdam
Hier: BV Behlerstraße 28A
- 5 Straßenbenennung im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 66 B "Nördliche Gartenstadt"
Hier: Teilbereich der 1. Änderung "Nordbereich"
- 6 Vorstellung Skulpturpfad "Walk of modern Art"
Beirat "Kunst im öffentlichen Raum"
Frau Dr. Götzmann
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 7.1 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2013
Vorlage: 13/SVV/0030
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilienservice
alle Fachausschüsse, alle OBR
 - 7.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2013/2014
Vorlage: 13/SVV/0043
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
alle Fachausschüsse, alle OBR
 - 7.3 Zukunftsprogramm 2017 (ehemals Haushaltssicherungskonzept)
Vorlage: 13/SVV/0045
Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung
alle Fachausschüsse, alle OBR
 - 7.4 Azubis im Wissensspeicher
Vorlage: 13/SVV/0068
Oberbürgermeister, Bibliothek
 - 7.5 Lokaler Teilhabeplan der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0903
Oberbürgermeister, Gleichstellungsbeauftragte

Ges./Soz., B./Sp., HA

- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 Arbeitsstand Jugendkulturkonzept
(Bericht: AG Jugend- und Soziokultur)
- 8.2 Rechenschaftsbericht Jugendprojekte
- 8.3 Projektförderung 2013
- 8.4 Förderempfehlung Forum Chorsinfonik
- 9 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Dr. Schröter eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.12.2012 und vom 17.01.2013/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Schröter stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit mit 6 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest.

Auf Anfrage, ob es Einwände gegen die Niederschrift vom 20.12.2012 gibt, äußert sich Herr Schultheiß zum TOP 3 der Niederschrift. Darin steht, dass Frau Dr. Palent sagte, dass die MPS zu den führenden Festspielen weltweit gehören. Dies findet Herr Schultheiß etwas übertrieben. Die MPS stellt in Deutschland eine führende Spitze dar. Frau Dr. Schröter erwidert, dass die MPS schon international renommiert sei, die Aussage in der Niederschrift unglücklich formuliert wurde. Herr Schultheiß wünscht dahingehend keine Änderung der Niederschrift.

Zum TOP 6 der Niederschrift möchte Herr Schultheiß, dass seine Aussage dahingehend geändert wird, als dass er sagte, „er bittet die Diskussion zu beenden“ und nicht „die Zeit einzuhalten“.

Herr Meyer macht seinen Unmut deutlich, da Aussagen von ihm nicht im Protokoll erfasst wurden. Eine Ergänzung ist seinerseits dennoch nicht gewünscht.

Daraufhin macht Frau Dr. Magdowski deutlich, dass es dahingehend wohl besser wäre das Protokoll kürzer zu fassen, um zu vermeiden, dass sich jemand unberücksichtigt fühlt.

Frau Schöneich macht darauf aufmerksam, dass unter TOP 8 die Mitgliederzahl des KunstHaus Potsdam e.V. falsch wiedergegeben wurde. Das KunstHaus verfügt über 250 Mitglieder. Ziel sind 300 Mitglieder.

Frau Dr. Schröter stellt die Niederschrift vom 20.12.2012 mit den gewünschten Änderungen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	1
Enthaltung:	1

Dem Protokoll in der geänderten Fassung wird mehrheitlich zugestimmt.

Gegen das Protokoll der Januarsitzung erheben sich keine Einwände. Frau Dr. Schröter stellt die Niederschrift der Januarsitzung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 0
Enthaltung: 2

Dem Protokoll wird mehrheitlich zugestimmt.

Frau Dr. Schröter schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 7.2 und 7.3 gemeinsam zu behandeln. Dem ist nichts entgegenzusetzen.

Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

Des Weiteren informiert sie die Ausschussmitglieder darüber, dass zum Top 4 Herr Schruff und zum Top 7.2 Frau Dr. Palent, Frau Bohmann und Herr Neufeldt Rederecht beantragt haben. Den beantragten Rederechten wird einstimmig zugestimmt.

**zu 3 Straßenbenennung in 14467 Potsdam
Hier: "An der Plantage"**

Die Verwaltung schlägt für den als Anliegerstraße geplanten Bereich, der der Erschließung der künftig an die Plantage angrenzenden Bebauung dienen soll, die Benennung der Straße in „An der Plantage“ oder im Hinblick auf die vollständige angrenzende Rekonstruktion der Plantage alternativ in „An der neuen Plantage“ vor.

Herr Dr. Arlt findet den Zusatz „an der“ überflüssig. Er empfiehlt die Benennung „Neue Plantage“. Die Bezeichnung „Neu“ findet er dahingehend sinnvoll, als dass die Plantage zukünftig rekonstruiert werden soll.

Auf Grund der Begründung seitens der Verwaltung wird davon abgesehen, einen Namen aus dem Straßennamenpool zu nehmen.

Die Bezeichnung „**Neue Plantage**“ wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 1
Stimmhaltung: 0

Der Benennung wird mehrheitlich zugestimmt.

**zu 4 Straßenbenennung in 14469 Potsdam
Hier: BV Behlertstraße 28A**

Auf Grund des Baus neuer Wohnhäuser in der Behlertstraße, stellte die Baugemeinschaft Behlertstr. GbR einen Antrag auf Straßenneubenennung für die diese Wohnhäuser erschließende Privatstraße. Der erste und auch von der Verwaltung befürwortete Vorschlag für die Straßenbenennung lautet: „Am Palais Lichtenau“.

Herr Schruff, Vertreter der Baugemeinschaft Behlerstr. 28A informiert darüber, dass es sich bei der zu bebauenden Fläche um den ehemaligen Gartengrund des

Palais` Lichtenau handelt. Das Palais Lichtenau wurde vor kurzem restauriert und stellt ein architektonisch wertvolles Gebäude dar. Die Bezeichnung der benachbarten Straße in „Am Palais Lichtenau“ wäre daher sinnvoll.

Herr Dr. Arlt hat dem nichts entgegenzusetzen.

Die Straßenbezeichnung „**Am Palais Lichtenau**“ wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

Der Empfehlung der Verwaltung wird mehrheitlich zugestimmt.

**zu 5 Straßenbenennung im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 66 B
"Nördliche Gartenstadt"
Hier: Teilbereich der 1. Änderung "Nordbereich"**

Durch die 1. Änderung des im Bornstedter Feld gelegenen Bebauungsplan Nr. 66 B „Nördliche Gartenstadt“, wurden 4 im Ursprungsplan vorgesehene Planstraßen gestrichen. Dafür wurden 3 neue Planstraßen aufgenommen. Es soll eine Zusammenlegung der ersten beiden Planstraßen erfolgen, so dass 2 neue Straßennamen erforderlich sind. Seitens der Verwaltung werden die Bezeichnungen „Wilbur-Wright-Straße“, für die zusammenzulegenden Straßen (Planstraße 1 und 2) empfohlen, und die „Opolestraße“ für die dritte und kleinere Planstraße (Planstraße 3).

Herr Dr. Arlt lehnt die Bezeichnung „Wilbur-Wright-Straße“ ab. Unter anderem, weil die Stadt Potsdam keinen Bezug zu Wilbur Wright hat, sondern nur zu dem in der Straßenbenennung bereits berücksichtigten Bruder Orville Wright. Er schlägt die Benennung der beiden zusammengefassten Planstraßen in „Am Remisenpark“ oder „Luzernallee“, nach der Partnerstadt Luzern vor.

Die Benennung der Straßen nach den Partnerstädten findet im Kulturausschuss breiten Konsens, auch weil sich die Straßenbezeichnungen im Straßennamenpool befinden. Allerdings wird in Anbetracht der langen Partnerschaft zu Opole und dem diesjährigen Jahrestag dafür gestimmt, die lange Straße (Planstraße 1 und 2) nach Opole zu benennen.

Da der Jahrestag der Partnerschaft Opole bald ansteht, ist ein zügiges vorankommen der Verwaltung gewünscht. Es wäre erstrebenswert, wenn die Einweihung der Straße im Juni, verbunden mit dem 40. Jahrestag erfolgen könnte.

Nach anhaltenden Diskussionen stellt Herr Dr. Scharfenberg einen Geschäftsordnungsantrag. Die lange Straße (Planstraße 1 und 2) soll nach Opole benannt werden und die kurze Straße (Planstraße 3) soll nach Luzern benannt werden.

Die Benennung der zwei zusammengefassten Planstraßen in „**Opolestraße**“ und die dritte Planstraße in „**Luzernstraße**“ wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

Der Benennung der Straßen wird mehrheitlich zugestimmt.

zu 6

Vorstellung Skulpturpfad "Walk of modern Art"

Beirat "Kunst im öffentlichen Raum"

Frau Dr. Götzmann

Frau Dr. Götzmann und Frau Nagel stellen vertretend für den Beirat Kunst im öffentlichen Raum ein Konzeptpapier zu einem Potsdamer „walk of modern art“ vor. Dazu wurde noch ein Konzeptpapier als Tischvorlage ausgereicht. Ziel des Konzepts sollte es nicht nur sein die Attraktivität der Landeshauptstadt zu steigern, sondern auch 2 Kulturstandorte miteinander zu verbinden. So sieht das Konzept eine Verbindung der Schiffbauergasse mit dem Alten Rathaus, entlang der Havel, vor. Die ausgewählten Standorte wurden nach verschiedenen Kriterien, wie Größe, Anfahrbarkeit oder standortabhängige Materialauswahl bewertet und ausgewählt, sodass 14 Standorte im Konzept berücksichtigt wurden. Die räumliche Abfolge und die individuellen Qualitäten der einzelnen Standorte ermöglichen eine vielfältige künstlerische Auseinandersetzung mit dem Grundthema „Weg, Wasser, Landschaft“. Neben der Vorstellung des Konzepts könnten auch dieses Jahr noch 2 Standorte mit Skulpturen bereichert werden. Verhandlungen mit den Künstlern bestehen bereits. So könnten jeweils eine Skulptur von Rudolf Valenta und Jörg Plickat als Dauerleihgabe für 3 Jahre im Rahmen des Skulpturenpfades ausgestellt werden.

Die Idee eines Skulpturenpfades findet bei den Kulturausschussmitgliedern breiten Anklang.

Herr Meyer äußert sich dahingehend, dass er den Skulpturenpfad mit einem Förderverein unterstützen will.

Frau Dr. Magdowski informiert, dass keine Finanzmittel für den Pfad im Haushalt eingeplant sind. Falls der Kulturausschuss an der Umsetzung interessiert ist, müsste den beiden Künstlern schnell grünes Licht gegeben werden.

Auf Anfragen bezüglich der Finanzierung gibt Frau Dr. Götzmann wieder, dass dem Beirat ein Etat zur Verfügung gestellt werden müsste. Des Weiteren sollen auch Sponsoren gesucht werden. Für beide bereits in Aussicht gestellte Skulpturen werden etwa 8.000,00 € benötigt. In den Ausgaben sind Kosten für Flyer, Bekanntmachungen, Transport und Versicherungen berücksichtigt. Zu beachten ist jedoch auch, dass ein Namensschild der jeweiligen Künstler angebracht werden müsste.

Der Kulturausschuss befürwortet die Umsetzung des Skulpturenpfades.

Folgende Empfehlung wird getroffen:

Der Kulturausschuss empfiehlt den Beginn des Pfades und die Schaffung der dafür notwendigen Voraussetzungen durch die Verwaltung.

Die Empfehlung wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

Der Empfehlung wird mehrheitlich zugestimmt.

zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**zu 7.1 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2013
Vorlage: 13/SVV/0030**

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilienservice
alle Fachausschüsse, alle OBR

Herr Richter, Werkleiter vom KIS, macht deutlich, dass es an dieser Stelle wesentlich ist, über den Investitionsplan zu sprechen. Für den Kulturbereich bestehen für das Jahr 2013 2 Positionen. Es handelt sich dabei um das Bildungsforum in Höhe von 90.200,00 € und dem Naturkundemuseum in Höhe von 455.000,00 €. Die Übergabe für das Bildungsforum ist am 01.06.2013 vorgesehen. In Bezug auf das Naturkundemuseum hofft Herr Richter, dass dieses Jahr die Auszahlung erfolgen kann. Für die Folgejahre bis 2016 wurde kein Bedarf für Kultur angemeldet.

Frau Dr. Magdowski schlägt vor, vor der Übergabe des Bildungsforums den Kulturausschuss im Mai im Bildungsforum tagen zu lassen.

Frau Dr. Schröter gibt an, dass es sich hierbei um die erste Lesung zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs KIS handelt. Den Fraktionen soll die Gelegenheit zur Antragstellung gegeben werden.

Herr Richter würde gerne erfahren, ob Kulturinvestitionen gewünscht sind?

In der März-Sitzung wird die Vorlage erneut thematisiert.

zu 7.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2013/2014**Vorlage: 13/SVV/0043**

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
alle Fachausschüsse, alle OBR

Frau Dr. Magdowski teilt mit, dass ein Einfrieren der Kulturzuschüsse auf dem Niveau von 2012 nicht erfolgt ist. Es finden deutliche Erhöhungen der Förderungen statt. Zu nennen sind beispielsweise das Potsdam Museum. Es erfolgt eine Steigerung um 340.000,00 €, demnach um 23%. Das Hans Otto Theater bekommt 552.400,00 € mehr Zuwendungen, was eine Steigerung von 12% bedeutet und das Naturkundemuseum erhält 60.000,00 € mehr Zuwendungen, was eine Steigerung von 7 % darstellt und der Erneuerung des Bestandes dient. Auch erhöhen sich die Zuschüsse für den Nikolaisaal (150.000,00 €) und die Kammerakademie Potsdam (zzgl. 65.000,00 €).

Frau Dr. Magdowski macht auf einen neu eingebrachten Haushalts-Vermerk

aufmerksam. Der Haushalts-Vermerk bezieht sich auf die Kulturträger, mit Ausnahme des Potsdam Museums.

HH-Vermerk:

Die Zuwendungen für die kulturellen Träger aus Eigenmitteln der Landeshauptstadt Potsdam, sind gegenseitig deckungsfähig und nach Maßgabe der entsprechenden Erforderlichkeiten auskömmlich zu bewirtschaften.

Die Sicherstellung der Auskömmlichkeit erfolgt durch den Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport im Rahmen seiner dezentralen Ressourcenverantwortung.

Laut Aussage der Kämmerei sind demnach unvorhergesehene, nicht eingeplante Vorkommnisse aus dem Budget des Fachbereichs zu decken. Also auch Mehrbedarfe einzelner Kulturträger. Der HH-Vermerk hat die Konsequenz, dass die Kulturträger die Verantwortung für ihren finanziellen Stand übernehmen. Wenn die Verwaltung Zuwendungsbescheide erlassen hat, dann sind die Mittel dementsprechend gebunden. Derzeit werden Quartalsbescheide erlassen.

Auf Anfrage von Herrn Schultheiß, ob die Kulturträger Reserven gebildet haben, wird dies auf Grund der fehlenden Möglichkeiten verneint. Es wird jedoch auch seitens des OBM angestrebt die Eigenkapitaldecken bei den GmbH's zu erhöhen.

Frau Dr. Seemann bietet den Kulturausschussmitgliedern an, wie in den Jahren zuvor auch, bei Fragen und Erläuterungswünschen sich an den Fachbereich Kultur und Museum zu wenden.

Des Weiteren gibt Frau Dr. Seemann einen kurzen voraussichtlichen Zeitplan bis zur Freigabe des Haushalts bekannt.

Die Fraktionen sind nun aufgefordert von ihrem Budgetrecht Gebrauch zu machen. Die Verwaltung hat ihre Änderungslisten bereits eingereicht. Alle Wünsche kann die Verwaltung letztendlich nicht berücksichtigen. Schließlich müsse ein HSK vermieden werden.

Herr Schultheiß erkundigt sich nach den finanziellen Situationen bei Poetenpack e.V. und beim Theaterschiff.

Frau Dr. Seemann erklärt, dass das Theaterschiff 95.000,00 € bekommt und das sich Unterlagen zum Theater Poetenpack e.V. noch im Geschäftsgang befinden.

Herr Meier informiert darüber, dass die SPD finanzielle Mittel zu Gunsten des Theaters Poetenpack e.V. beantragt hat.

Herr Neufeldt erinnert daran, die Situation des KunstHaus Potsdam e.V. bereits in der Dezembersitzung vorgetragen zu haben. Es müsse berücksichtigt werden, dass die Miet- und Personalkosten steigen. Wenn sich nichts ändert wird die Schlinge immer enger. Reserven können nicht gebildet werden. Dafür müssten zunächst entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden, um eine Reservbildung zu ermöglichen. Er bittet daher um Änderungen zu Gunsten des KunstHauses.

Auch Frau Dr. Palent macht auf die schwierige Situation der MPS aufmerksam. Es wurden 3-jahres-Verträge in Aussicht gestellt. Sie befinden sich in der Planung für das Jahr 2014.

In Bezug auf das Zukunftsprogramm, sollen Einnahmen aus Straßennutzungsge-

bühren generiert werden. Frau Dr. Schröter erkundigt sich, ob diese durch die MPS gezahlt werden. Frau Bohmann gibt wieder, dass die MPS bereits die erhöhten Summen zahlt.

Herr Schultheiß merkt an, dass die Gebühren bei der SLB und der Musikschule angehoben werden und bittet um eine Erklärung.

Frau Dr. Magdowski erklärt, dass sich der Gruppenunterricht bei der Musikschule erhöht hat und eine Anpassung der Gebühren erforderlich ist.

Frau Mattek (SLB) gibt wieder, dass sich der Preis der Jahreskarte von 16,00 € auf 19,00 € erhöhen wird. Es wird eine bessere Mediennutzung gewährt und es wird für die Nutzer W-LAN zur Verfügung gestellt. Dennoch gelten weiterhin Ermäßigungen. Kinder und Jugendliche haben weiterhin freien Eintritt, sowie HartzIV-Empfänger und pädagogische Einrichtungen. Somit wird die Bildungspolitik unterstützt.

In der nächsten Kulturausschusssitzung werden die Vorlagen im Rahmen einer zweiten Lesung erneut thematisiert.

zu 7.3 Zukunftsprogramm 2017 (ehemals Haushaltssicherungskonzept)

Vorlage: 13/SVV/0045

Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung
alle Fachausschüsse, alle OBR

Wurde mit dem TOP 7.2 zusammen thematisiert.

Die zweite Lesung erfolgt in der März Sitzung.

zu 7.4 Azubis im Wissenspeicher

Vorlage: 13/SVV/0068

Oberbürgermeister, Bibliothek

Herr Schneider (151 Personal und Organisation) erläutert, dass auf Grund der fehlenden Übernahmemöglichkeit in der Bibliothek derzeit keine FAMI`s ausgebildet werden. In der Vergangenheit wurden FAMI`s nach der Ausbildung fachfremd in der Kommunalverwaltung eingesetzt. Dazu war es jedoch erforderlich, dass die ausgebildeten FAMI`s einen A1-Lehrgang besuchten. Eine Übernahme der ausgebildeten FAMI`s ist in der Regel erforderlich, da sich die meisten in der JAV befinden bzw. als Ersatzmitglied fungieren.

Frau Dr. Magdowski kann die Beweggründe gut nachvollziehen, allerdings müsse beachtet werden, dass das Personal immer älter werde und für Nachwuchs gesorgt werden müsse.

Nach Aussage von Frau Mattek beträgt der Altersdurchschnitt etwa 52 Jahre. Im Jahr 2017 gehen die ersten Mitarbeiter in Rente.

Eine Erweiterung des Ausbildungsspektrums, welches vorsieht dass FAMI`s nicht nur in der Bibliothek sind bzw. VWA`s auch mal in die Bibliothek kommen wird als nicht umsetzbar erachtet, da Verwaltungsfachangestellte der Bibliothek und umgekehrt wenig helfen und die Ausbildungsordnung auch nicht verändert werden kann.

Herr Dr. Scharfenberg macht deutlich, dass eine bedarfsgerechte Ausbildung gewünscht wird, allerdings in 3-4 Jahren entsprechender Nachwuchs für den bevorstehenden Bedarf sicher gestellt werden muss.

Herr Schneider bestätigt, dass sobald ein Bedarf zu erkennen ist, auch wieder ausgebildet wird.

Die Kulturausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage einstimmig zur Kenntnis.

**zu 7.5 Lokaler Teilhabeplan der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0903**

Oberbürgermeister, Gleichstellungsbeauftragte
Ges./Soz., B./Sp., HA

Frau Trauth-Koschnick stellt den Lokalen Teilhabeplan vor. Neben der Darstellung der Ziele nimmt sie auch Bezug auf statistische Daten, das Werkstattverfahren, die daraus resultierenden Maßnahmen und Umsetzungsideen zum Lokalen Teilhabeplan. Ziel ist, neben der rechtlichen Begründung, die Inklusion behinderter Menschen. Das bedeutet, dass alle Menschen in Potsdam gleiche Chancen auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in all seinen Facetten haben sollen. So wurden in verschiedenen Arbeitsgruppen Maßnahmen zu den jeweiligen Handlungsfeldern erarbeitet. Es wäre beispielsweise erstrebenswert freien Eintritt für eine Begleitperson bei allen städtischen Kultur- und Freizeitangeboten zu ermöglichen oder Gebärdendolmetscher bei Theateraufführungen einzusetzen. Ziel sollte es sein, Mitarbeiter zur Hilfe bei der Umsetzung einzelner Maßnahmen zu mobilisieren und Gelder zur Umsetzung der Maßnahmen zu akquirieren. Dahingehend hat die Stadtverwaltung Potsdam zum Beispiel die Idee, Mitarbeiter in der Gebärdensprache auszubilden. Zur Umsetzung wird ein Inklusionsgremium unter der Federführung des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt gebildet. Mitglieder des Gremiums werden gewählte Vertreter der Verwaltung, aus den Fraktionen, von Behindertenorganisationen, Wohlfahrtsverbänden sowie des Seniorenbeirats als auch Migrantinnenbeirat sein. Analog dazu werden 3 Arbeitsgruppen verschiedener Schwerpunkte zur Umsetzung der Ziele und Maßnahmen eingerichtet.

(Die Präsentation von Frau Trauth-Koschnick ist dem Protokoll beigelegt)

Frau Dencker gibt an, dass gerade einmal ein Budget von 80.000,00 € für die Barrierefreiheit in Potsdam eingerichtet wurde. Damit wären gerade einmal etwa 3 Fahrbahnabsenkungen möglich. Es wäre überlegenswert, ob man einzelne Maßnahmen zukünftig als Projekt fördern könnte.

Die Mitteilungsvorlage wurde seitens der Kulturausschussmitglieder zur Kenntnis genommen.

zu 8 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 8.1 Arbeitsstand Jugendkulturkonzept
(Bericht: AG Jugend- und Soziokultur)**

Herr Kärsten, Vertreter der AG Jugend- und Soziokultur der Landeshauptstadt

Potsdam, stellt die Arbeitsaufgaben und die bestehenden Spannungsfelder bezüglich der Erarbeitung eines Jugendkulturkonzepts mit Hilfe einer Tischvorlage dar. (als Anlage zum Protokoll)

Er macht deutlich, dass es noch kein Konzept gibt und es sich schwierig gestaltet mit Hilfe der zur Verfügung stehenden Ressourcen (Zeit, Personal) ein Konzept zu erarbeiten. Um ein effektives Konzept erarbeiten zu können, wird angestrebt, äußere Ressourcen, zum Beispiel für die Moderation oder zur wissenschaftlich-theoretischen Begleitung, heranzuziehen. Vorstellbar wäre zum Beispiel die Zusammenarbeit mit der Uni Potsdam oder der FH Potsdam.

Auf Nachfragen seitens der Kulturausschussmitglieder in welcher Art sich die AG Hilfe seitens der Verwaltung erhofft, macht Herr Kärsten deutlich, dass die Verwaltung die AG bereits unterstütze. Frau Dr. Seemann gibt wieder, dass die Möglichkeiten seitens der Verwaltung auch ausgeschöpft seien. So erfolgt bereits eine Unterstützung durch eine Mitarbeiterin des Bereichs Kultursteuerung und –marketing und es werden Räume für Meetings zur Verfügung gestellt.

Frau Dr. Schröter wünscht, seitens der AG Jugend- und Soziokultur, ein Ergebnis in absehbarer Zeit vorgelegt zu bekommen.

zu 8.2 Rechenschaftsbericht Jugendprojekte

Frau Dr. Seemann nimmt Bezug auf das vorab ausgereichte Dokument, welches die Jugendprojekte von 2010 bis 2012 darstellt. Für die Förderung der Jugendprojekte werden jährlich 10.000,00 € aus dem Projektopf genommen. So wird der Forderung von 2008, aus dem 10plus-Punkte-Plan, Rechnung getragen. Die Jugendlichen können fortlaufend Anträge stellen, ohne eine bestimmte Frist zu beachten. Projekte werden bis zu max. 1.000,00 € gefördert. Förderentscheidungen werden durch ein ehrenamtliches einberufenes Gremium getroffen.

Die Kulturausschussmitglieder sind von der Vielfalt der Projekte begeistert.

Frau Dr. Schröter lobt diese Art der Kulturförderung, da sie die originellste Kulturförderung in Brandenburg darstellt.

zu 8.3 Projektförderung 2013

Herr Büstrin berichtet dem Kulturausschuss, dass insgesamt 79 Anträge gestellt und davon 39 Anträge bewilligt wurden. Das finanzielle Volumen aller Anträge betrug 1.513.486,94 €. Der Jury standen insgesamt 147.200,00 € als Förderungssumme zur Verfügung. Aus dem Projektbudget wurden vorab 30.000,00 € zu Gunsten des Theaterschiffs entnommen, für den Jugendkulturfonds 10.000,00 € und 75.000,00 € für die Festivalförderung. Die Förderentscheidungen wurden so getroffen, dass trotz einer nur teilweisen Gewährung der beantragten Summe, die Projekte durchgeführt werden können. Herr Büstrin macht deutlich, dass die Jury nach bestem Wissen und Gewissen ihre Entscheidungen getroffen hat.

Frau Dr. Seemann bedankt sich für das ehrenamtliche Engagement der Jurymitglieder. Auf Grund der Regelung, dass alle 2 Jahre eine neue Projektjury gewählt werden muss, wird es zum Ende des Jahres zu einer Neubesetzung kommen. Eine Wiederwahl wäre erst zur übernächsten Wahlperiode möglich.

Frau Dencker möchte gerne erfahren, ob auch die Fraktionen Vorschläge für die

Besetzung der Jury machen können oder ob sich die potentiellen Mitglieder bewerben?

Frau Dr. Seemann erklärt, dass die Experten der einzelnen Genres unabhängig von der Politik das Amt bekleiden können. Bis dato wurden Vorschläge seitens der Verwaltung eingereicht. Die Möglichkeit zur Beteiligung der Fraktionen muss geklärt werden. Darüber wird in der nächsten Kulturausschusssitzung berichtet.

Herr Schultheiß erkundigt sich, ob die Regelung nicht besagt, dass eine Projektförderung ausgeschlossen ist, wenn eine institutionelle Förderung gewährt wird?

Frau Dr. Seemann bestätigt dies, macht aber auf Ausnahmen aufmerksam. Als Beispiel wäre dahingehend das HBPG zu nennen. Die institutionelle Förderung dient der Finanzierung der Betriebs- und Personalkosten. Für Ausstellungen bliebe dem HBPG kein Geld, so dass sie bei der Projektförderung berücksichtigt werden.

In Bezug auf die Förderung des Theaterschiffs in Höhe von 30.000,00 € möchte Herr Schultheiß wissen, ob trotz dessen, dass momentan noch kein Wohngebiet existiert und kein Discobetrieb stattfindet die Förderung wirklich notwendig war?

Frau Dr. Magdowski und Frau Dr. Seemann begründen die Förderung mit der ehrenamtlichen Tätigkeit des Vereins, der Tatsache, dass der Verein für geraume Zeit mit einer Baustelle vor der Tür leben musste und der psychische Druck für die Mitglieder, auf Grund der anhaltenden Unwissenheit zu deren Existenz, eine Unterstützung seitens der Verwaltung geboten war.

Die Kulturausschussmitglieder sind von der Vielfalt der Projekte begeistert und bedanken sich für das ehrenamtliche Engagement bei der Jury. Den Vorschlägen der Jury sollte nachgegangen werden.

Der Kulturausschuss nimmt die Vorschläge der Projektjury zustimmend zur Kenntnis.

zu 8.4 Förderempfehlung Forum Chorsinfonik

Frau Dr. Seemann nimmt Bezug auf die vorab ausgereichte Liste zu den Förderungen 2013. Die Förderempfehlungen der chorsinfonischen Projekte 2013 werden vorgestellt.

Herr Dr. Przybilski informiert, als Vertreter des Kulturausschusses im Forum Chorsinfonik, dass kein Chor die beantragten Mittel bekommen hat. In der Regel wurden etwa 60 % der beantragten Summe gewährt.

Frau Dr. Seemann erklärt, dass in Bezug auf die Förderung „Musik an der Erlöserkirche“, Gelder aus verschiedenen Fördertöpfen gewährt werden. Diese sollen zusammengefasst werden. Die Ausschussmitglieder wollen dies nicht ad hoc beschließen. Es soll in der nächsten Sitzung am 14.03.2013 nochmals aufgenommen werden.

Die Förderempfehlungen der chorsinfonischen Projekte wurden durch den Kulturausschuss zustimmend zur Kenntnis genommen.

zu 9 Sonstiges

Frau Dr. Schröter informiert erneut darüber, dass die Märzsitzung im Waschhaus stattfinden wird.

- Ende der Sitzung –

Dr. Karin Schröter
Vorsitzende des Kulturausschusses

Bettina Schmidt
Protokollführerin



BESCHLUSS
der 50. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der
Landeshauptstadt Potsdam am 30.01.2013

Trägerschaft des zukünftigen Begegnungszentrums in der Stadteilschule Drewitz
Vorlage: 13/SVV/0027

Auf der Basis des Vorschlages der Auswahlkommission zur Trägerfindung für das zukünftige Begegnungszentrum in der Stadteilschule Drewitz wird der Oberbürgermeister beauftragt, mit dem Verein Soziale Stadt Potsdam in Zuwendungsverhandlungen zur Übernahme der Trägerschaft zu treten. Die Eröffnung der Einrichtung soll nach Baufertigstellung und Inbetriebnahme des Objektes im Herbst 2013 erfolgen. Die zwölfköpfige Auswahlkommission hat ihren Vorschlag auf der Grundlage von sechs eingereichten Bewerbungen erarbeitet.

Dem Kulturausschuss und dem Ausschuss für Bildung und Sport ist das den Zuwendungsverhandlungen zugrunde liegende Konzept des Vereins Soziale Stadt vorzustellen. Es ist sicherzustellen, dass diese zwei genannten Ausschüsse kontinuierlich in den Prozess der Vorbereitung der Inbetriebnahme des Begegnungshauses in der Stadteilschule Drewitz einbezogen werden.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen.**

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) war die Stadtverordnete Kindelberger, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Beschluss werden 2 Seiten beigefügt.

Potsdam, den 13. Februar 2013

Ziegenbein
Leiterin des Büros

Stempel